



Für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen

Schwangere nicht umverteilen!

Ärzttekammerpräsident Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery erneuert auf der Grundlage eines aktuellen Urteils des Oberverwaltungsgerichts die Forderung nach einem menschlichen Umgang mit Schwangeren: „Wir fordern den Innensenator Neumann auf, seine Verschärfung im Umgang mit schwangeren Flüchtlingen endlich zu revidieren und zu der Praxis zurück zu kehren, die Frauen im letzten Drittel ihrer Schwangerschaft nicht mehr auf andere Bundesländer umzuverteilen.“

Durch eine Intervention der Ärztekammer 2010 hatte der damalige Innensenator Christoph Ahlhaus entschieden, dass hier geduldete Frauen, deren Schwangerschaft die 26. Woche erreicht hat, nicht mehr auf andere Bundesländer verteilt werden. Hintergrund war der tragische Verlauf einer Schwangerschaft. Eine Ghanaerin war zweimal kurz vor Ende der Schwangerschaft von Hamburg aus in verschiedene Flüchtlingsheime in Mecklenburg-Vorpommern umverteilt worden und hatte ihr Kind tot zur Welt gebracht. Nach Auffassung der Ärztekammer ist im Umgang mit schwangeren Frauen in einer solch besonderen und belasteten Lebenssituation gesteigerte Sorgfalt geboten. Diesen Erlass hatte Innensenator Michael Neumann jedoch im Dezember 2011 zurück genommen – die Ärztekammer hatte das mehrfach kritisiert. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution der Delegiertenversammlung vom 13.2.2012 hieß es beispielsweise: „Es ist ein Akt der Menschlichkeit, diese Frauen wenigstens am Ende ihrer Schwangerschaft und rund um die Geburt aus der Illegalität auftauchen zu lassen und ihnen eine medizinische Versorgung in der Gesundheitsmetropole Hamburg zuzugestehen.“

Nun hat das Hamburgische Oberverwaltungsgericht die Ausländerbehörde Hamburg verpflichtet, einer hochschwangeren Frau eine Duldung ohne Umverteilung zu erteilen. Montgomery appelliert an den Senat, diese Einzelfallentscheidung auf eine politische Basis zu stellen: „Ersparen Sie den Frauen die Strapazen und Unsicherheiten einer Umverteilung kurz vor der Geburt – auch im Sinne ihrer Kinder. Handeln Sie menschlich – nicht bürokratisch“.

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf - 27. März 2013